

Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 14.09.2016
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:30 Uhr
Raum, Ort: Großer Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend sind:

Vorsitzende/r:

Schulze Hessing, Mechtild Bürgermeisterin

CDU:

Aehling, Bernadette

Börger, Hubert

stv. Ausschussvorsitzender

Fellerhoff, Jürgen

Flasche, Bernd

Abwesend bei TOP 8 und 9

Keller, Viktoria

Klöpper, Hendrik

Kohlruss, Günter

Kranenburg, Marius

Vertretung für Herrn Harald Borchers

Queckenstedt, Klaus

Richter, Frank

Tautz, Jürgen

Ortsvorsteher

Ab 17:07 Uhr zu TOP 5

SPD:

Biela, Claudia

Eggern, Dieter

Vertretung für Herrn Jürgen Niemeyer

Kindermann, Evegret

Kindermann, Kurt

UWG:

Koop, Stephan

Weddeling, Heinrich

Vertretung für Frau Brigitte Ebbing

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Becker, Maja
 Gliem, Helga

Fraktionsloses Mitglied:

Nitsche, Bastian
 Westermann, Hartwig

Verwaltungsmitarbeiter/in:

Kuhlmann, Jürgen	Techn. Beigeordneter
Lask, Markus	Fachbereichsleiter
Nießing, Norbert	1. Beigeordneter der Stadt Borken
Tenostendarp, Petra	Fachbereichsleiterin

Schriftführer/in:

Scholten, Julia

Ortsvorsteher:

Schwane, Walter

Es fehlen entschuldigt:**CDU:**

Borchers, Harald

SPD:

Niemeyer, Jürgen

UWG:

Ebbing, Brigitte

Abgewickelte Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 3 Besetzung der Einigungsstelle nach dem Landespersonalvertretungsgesetz
Vorlage: V 2016/163
- 4 Namensgebung der Straßenbrücke über die Aa-Umflut vor dem Gemener Heimathaus, Achter de Waake - Antrag vom 18.07.2016
Vorlage: V 2016/164
- 5 Einrichtung weiterer "Borkener Durchblicke" - Antrag des Heimatvereins Borken e.V. vom 27.07.2016
Vorlage: V 2016/180

- 6 Ausschreibung von Beratungsleistungen im Breitbandausbau
Vorlage: V 2016/167
- 7 Budgetbericht zum 30.06.2016
Vorlage: V 2016/169
- 8 Überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für die Erschließung von BO
68
Vorlage: V 2016/173
- 9 Projektsicherung "Flucht kennenLernen" und Vorbereitung 3.
Jugendforum - Antrag der SPD-Fraktion vom 04.09.2016
Vorlage: V 2016/179
- 10 Brand Borchers Kreislaufwirtschaft / Antrag der SPD-Fraktion vom
04.09.2016
Vorlage: V 2016/181
- 11 Mitteilungen und Anfragen
 - 11.1 Flüchtlingssituation
 - 11.2 Zeitplan Einzelhandelskonzept Borken
 - 11.3 Vogelkotbelastung am Markplatz

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Bürgermeisterin Schulze Hessing eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Es gibt keine Änderungen zur Tagesordnung.

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

keine

**zu 3 Besetzung der Einigungsstelle nach dem
Landespersonalvertretungsgesetz
Vorlage: V 2016/163**

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Borken zu beschließen:

Für die Besetzung der Einigungsstelle nach dem Landespersonalvertretungsgesetz werden bestellt

als Vorsitzender: Dr. Rainer Brackhane
als stellv. Vorsitzender: Dr. Marc Büning

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

19 Ja-Stimmen

**zu 4 Namensgebung der Straßenbrücke über die Aa-Umflut vor dem
Gemener Heimathaus, Achter de Waake - Antrag vom 18.07.2016
Vorlage: V 2016/164**

Stv. Richter begrüßt den Antrag und die gemeinsame Initiative der katholischen und evangelischen Kirchengemeinde. Diese neue Namensgebung sei ein Zeichen der Verbindung der Religionen in der heutigen Zeit. Eine zeitnahe Umsetzung wäre wünschenswert.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt, die Straßenbrücke über die Aa-Umflut vor dem Gemener Heimathaus „Haus Grave“, Achter de Waake, den Namen „Ökumenebrücke“ zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

19 Ja-Stimmen

**zu 5 Einrichtung weiterer "Borkener Durchblicke" - Antrag des
Heimatvereins Borken e.V. vom 27.07.2016
Vorlage: V 2016/180**

Stv. K. Kindermann teilt mit, dass bei den bereits vorhandenen Durchblicken die Schrift für ältere Bürgerinnen und Bürger aufgrund der weißen Schriftfarbe und der Schriftgröße schwer lesbar wäre.

Stv. E. Kindermann regt an, eine Broschüre zu entwerfen, in der die Durchblicke und die damit verbundene Geschichte enthalten sei.

Stv. Richter hält die Einrichtung eines QR-Codes für die zukunftsmäßige Lösung.

Tech. Beigeordneter Kuhlmann erklärt, dass der Verwaltung das Problem mit der Schriftfarbe schon bekannt sei. Es werde derzeit an Lösungen gearbeitet, z.B. die Schrift leicht nachzudunkeln.

Bürgermeisterin Schulze Hessing nimmt die Anregungen aus der Politik mit und gibt diese weiter an die Verwaltung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt, im Jahr 2017 einen „Borkener Durchblick“ in Erinnerung an den historischen Bahnhof auf dem neuen Bahnhofsvorplatz zu errichten.

Entsprechende Mittel sind in der anstehenden Haushaltsplanung zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

20 Ja-Stimmen

**zu 6 Ausschreibung von Beratungsleistungen im Breitbandausbau
Vorlage: V 2016/167**

Erster Beigeordneter Nießing erläutert kurz die Vorlage. Ein vorzeitiger Maßnahmebeginn wurde bereits beantragt und genehmigt. Mit dieser Förderung sollen eine umfassende Bestandsaufnahme und adäquate Lösungsansätze für den Außenbereich erarbeitet werden. Er weist in diesem Zusammenhang auf die bereits erreichte Ausbaquote der Nachfragebündelung in Burlo hin. In Weseke sei das Ergebnis noch nicht erreicht, aber die Nachfragebündelung auch noch nicht beendet.

Bürgermeisterin Schulze Hessing ergänzt, dass die Firmen Deutsche Glasfaser und Epcan sehr zuversichtlich seien, dass in Weseke die Ausbaquote auch erreicht werden würde.

Stv. Richter begrüßt, dass die Verwaltung auch den Außenbereich zukunftsfähig anbinden möchte. Dies sei vor allem für größere landwirtschaftliche Betriebe notwendig.

Stv. Börger fragt nach, ob schon jetzt Straßen im Außenbereich von Weseke angebunden werden könnten. Die Nachbarschaft Brink möchte dies in Eigeninitiative machen.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, dass zunächst der Ortskern angeschlossen werden solle und danach sukzessive der Außenbereich.

Stv. K. Kindermann weist auf die Anbindungen von Glasfaser in neuen Wohngebieten in Weseke hin und fragt nach dem zeitlichen Ablauf der Beratungsförderung.

Erster Beigeordneter Nießing gibt an, dass voraussichtlich innerhalb der nächsten 6 Monate die Ergebnisse des Beraters vorliegen könnten. Am morgigen Tag würde die Ausschreibung der Vergabe starten. Parallel werde an weiteren Maßnahmen und möglichen Teilnahmen an Förderprogrammen gearbeitet.

Bürgermeisterin Schulze Hessing teilt mit, dass eine Erschließung neuer Wohngebiete in Weseke ohne Glasfaseranschluss keine Option sei.

Stv. E. Kindermann erkundigt sich, wer die Förderung erhalten könne.

Erster Beigeordneter Nießing erklärt, dass für die Förderung als Empfänger nur Kommunen in Betracht kämen.

Stv. Koop betont, dass es gut und wichtig sei, dass die Verwaltung alle Möglichkeiten zur Anbindungen des Außenbereiches nutzt und auch dort ein Ausbau vorangetrieben wird.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt, dass die o.g. Beratungsleistungen für den Breitbandausbau ausgeschrieben werden und außerplanmäßig Mittel in Höhe von 50.000 Euro bereitgestellt werden. Dies gilt unter der Annahme, dass eine vollständige Finanzierung über entsprechende Fördermittel erfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

20 Ja-Stimmen

zu 7 Budgetbericht zum 30.06.2016 Vorlage: V 2016/169

Erster Beigeordneter Nießing erklärt, dass in den vorgelegten Zahlen zum Stand 30.06.2016 Unsicherheiten enthalten seien, die derzeit noch nicht absehbar wären. Als wichtigste Änderung nach Erstellung des Berichts sei die Reduzierung der Kreisumlage zu nennen. Für 2016 könne derzeit noch von einer ausgeglichenen Ergebnisrechnung ausgegangen werden.

Im investiven Bereich gäbe es einige Verschiebungen. Der Hintergrund hierfür sei unter anderem die Situation im Baubereich, der aufgrund der Flüchtlingssituation in den letzten Monaten sehr stark gefordert gewesen wäre.

Derzeit würde in den stattfindenden Budgetgesprächen sehr auf die Realisierbarkeit der Maßnahmen geachtet.

Stv. Gliem fragt an, wie weit die Projekte im Bereich Schulträgeraufgaben verschoben werden.

Erster Beigeordneter Nießing erläutert, dass derzeit alle Maßnahmen in allen Bereichen betrachtet werden würden und in der nächsten Haushaltsplanung eine Übersicht mit den Prioritäten der Maßnahmen enthalten sei.

Stv. Börger regt an, im Produktbereich 13 das Geld in diesem Jahr doch schon zu investieren. Es läge ein Wirtschaftswegekonzept vor und zudem sei Bitumen derzeit mehr als günstig. Die Landwirte seien außerdem verunsichert, da keine weiteren Maßnahmen erfolgen.

Techn. Beigeordneter Kuhlmann weist auf die Veranstaltungen mit den Landwirten aus den Ortsteilen hin. Die dort gewonnenen Erkenntnisse und die Vorschläge der GeKomm sollen in einem zweiten Plan unter anderen anhand der Kriterien Nutzung, Frequenz, spezielle Anforderungen betrachtet werden. Dies soll mit den Ortslandwirten besprochen werden und dann in der Politik vorgestellt werden.

Stv. Börger regt an, dass der Wirtschaftswegeausschuss in nächster Zeit tagen soll.

Stv. K. Kindermann hält es für falsch, das Geld in diesem Jahr noch auszugeben, vor allem weil das Konzept noch nicht fertig sei.

Stv. Richter verweist darauf, dass die Mittel nicht verfallen würden und in die Haushaltsberatung wieder miteingebracht werden sollen. Für die Bürgerinnen und Bürger sei das Wirtschaftswegekonzept in der Öffentlichkeit nicht als Diskussionsgrundlage gesehen worden. Eine Verunsicherung und Verärgerung, dass keine Maßnahmen erfolgen sei nachvollziehbar, allerdings wäre nur ein geordnetes Vorgehen richtig und durchgängig.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt den Budgetbericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

20 Ja-Stimmen

zu 8 Überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für die Erschließung von BO 68
Vorlage: V 2016/173

Tech. Beigeordneter Kuhlmann begrüßt die Entwicklungen in BO 68. Derzeit sind schon viele Grundstücke verkauft worden. Vor diesem Hintergrund müssten die Planungsleistungen vorausgeschoben werden, damit weitere Grundstücke bereitgestellt werden könnten.

Stv. K. Kindermann fragt nach, wer die Kosten für den Lärmschutzwall tragen müsse, auch wenn Straßen NRW die nötigen Kapazitäten gehabt hätte.

Tech. Beigeordneter Kuhlmann gibt an, dass die Kosten die Stadt Borken tragen müsse.

Stv. E. Kindermann erkundigt sich, ob die Kosten hierfür umgelegt werden würden.

Tech. Beigeordneter Kuhlmann teilt mit, dass die Kosten im Rahmen der üblichen Erschließung umgelegt werden würden.

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt Borken beschließt die Bereitstellung von 182.000 € für die Vergabe von Planungsleistungen, Gutachten und Vermessungen zur Erschließung des Wohnbaugebietes BO 68 „Haspelkamp“ und für die Planung der Lärmschutzwand entlang der Bundesstraße 70. Die erforderlichen Mittel werden aus der Haushaltsstelle „Umgestaltung und Verlängerung der Bahnhofstraße (12.01.01.00, 09112000, 63000.94860)“ bereit gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

19 Ja-Stimmen

zu 9 Projektsicherung "Flucht kennenLernen" und Vorbereitung 3. Jugendforum - Antrag der SPD-Fraktion vom 04.09.2016 Vorlage: V 2016/179

Erster Beigeordneter Nießing trägt vor, dass die Planungen für das nächste Jugendforum im Gange seien. Es würde voraussichtlich noch in diesem Jahr stattfinden.

Stv. E. Kindermann regt an, eine Dokumentation zur Ausstellung „Flucht kennenLernen“, zum Beispiel in Form einer Broschüre, zu erstellen.

Bürgermeisterin Schulze Hessing teilt mit, dass die weiteren Ausführungen und Planungen zum Jugendforum im nächsten Ausschuss für Jugend und Familie behandelt werden würden. Dieser Tagesordnungspunkt soll verwiesen werden.

Beschluss:

Der Hauptausschuss verweist diesen Tagesordnungspunkt an den Ausschuss für Jugend und Familie.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

19 Ja-Stimmen

**zu 10 Brand Borchers Kreislaufwirtschaft / Antrag der SPD-Fraktion vom
04.09.2016
Vorlage: V 2016/181**

Erster Beigeordneter Nießing beantwortet die im SPD-Antrag gestellten Fragen

1. Hat eine abschließende Untersuchung der Brandursache stattgefunden?

Eine abschließende Untersuchung der Brandursache hat m. W. nicht stattgefunden. Es ist kein Sachschaden entstanden.

2. Welches Ausmaß hatte die Brandstelle?

Es brannte ein ca. 15 m höher, 20 m langer und 30 m tiefer Mischmüllberg (Kunststoffe, Folien, Rohre u. a.) auf einer Fläche von ca. 300 qm und einer Brandeindringtiefe von ca. 2,50 m. Der Brand wurde umfassend mit 6 C- und einem Wenderohr über die Drehleiter bekämpft. Im weiteren Brandverlauf wurde der Müllberg mittels Bagger auseinander gezogen und sukzessive abgelöscht. Die alarmierte Messeinheit nahm Schadstoffmessungen vor. Die Polizei und der Bereitschaftsdienst des Ordnungsamtes waren an der Einsatzstelle.

3. Wie viele Feuerwehrlaute waren über welchen Zeitraum im Einsatz?

Aufgrund des ersten Schadenbildes wurde die gesamte Wehr mit allen Löschzügen alarmiert. Insgesamt waren 117 Einsatzkräfte vor Ort. Hiervon verblieben ca. 25 Einsatzkräfte außerhalb des Betriebsgeländes im Bereitstellungsraum, um den Grundschutz für weitere Einsätze sicherzustellen. Im Durchschnitt waren die Einsatzkräfte 4 Stunden im Einsatz. Der Einsatz begann um 09:08 Uhr und endete mit Einfahrt des letzten Fahrzeuges um 16:01 Uhr.

4. Liegen der Verwaltung Informationen über Gesundheitsgefährdungen vor?

Schadstoffmessungen wurden im Verlauf des Einsatzes durchgeführt. Die Messergebnisse lagen unterhalb der Gefährdungsgrenze. Der Wind stand günstig und wehte den Rauch in Richtung „Kasernenwald“.

5. Lagern dort Materialien, die im Brandfall zu einer Gesundheitsgefährdung führen können?

Im Brandfalle entstehen bei den gelagerten Materialien, bei denen es sich hauptsächlich um Kunststoffabfälle und Holz handelt, gesundheitsgefährdende Rauchgase. Dieses ist aber bei jedem Brandereignis, in Verbindung mit Kunststoffen, der Fall. Hier ist die Gefährdung jedoch nicht in den Materialien selbst, sondern eher in der Menge der gelagerten bzw. im Ereignisfall brennenden Stoffe zu sehen.

6. Wie wird sichergestellt, dass sich ein Brand nicht über das gesamte Firmengelände oder gar darüber hinaus ausbreitet?

Für das gesamte Firmengelände existiert ein, durch ein Sachverständigenbüro erstelltes Brandschutzkonzept. Die Einhaltung der darin dargestellten Anforderungen sind Voraussetzung für den geregelten Betrieb und ebenfalls Grundlage vorliegender Genehmigungen. Die Einhaltung der Vorgaben liegt in der Verantwortung des Betreibers. Die Fa. Borchers selbst beschäftigt einen eigenen Sicherheitsingenieur. Unter Berücksichtigung geltender Vorschriften und Richtlinien wie z. B. der Bauordnung NRW, die Industriebaurichtlinie, das Bundesimmissionsschutzgesetz u. a., sind entsprechende Schutzmaßnahmen baulicher Art, wie z. B. Brandwände in Gebäuden, eine entsprechend dimensionierte Löschwasserversorgung oder auch Selbsthilfeeinrichtungen vorhanden. Des Weiteren werden die Halden und Lagerbereiche, zumindest planerisch, durch entsprechende Maximalbegrenzungen sowie freizuhaltenden Schneisen, welche gleichzeitig als Feuerwehrbewegungsflächen dienen, vorgehalten. Außerdem verfügt die Fa. Borchers über eine Brandmeldeanlage, welche bei fachgerechter Funktion und Bedienung eine frühzeitige Alarmierung der Feuerwehr möglich macht.

7. Gibt es eine regelmäßige Überwachung der Betriebsabläufe und der Einhaltung der Brandschutzauflagen?

8. Werden weitere Maßnahmen geplant oder als notwendig erachtet?

Am 21.02.2012 erfolgte unter Beteiligung des Bauordnungsamtes und der Bezirksregierung die letzte Brandschau bei der Fa. Borchers. Unter Einhaltung der vorgegebenen Fristen wäre für 2018 die nächste Brandschau durchzuführen. Unter Berücksichtigung aktueller gesetzlicher Änderungen soll diese Frist zukünftig verkürzt werden.

Da bei dieser Betriebsanlage die Bezirksregierung Münster die aufsichtführende Stelle ist, findet Mitte Oktober eine Besprechung zwischen dem Fachbereich Bauordnung, der Feuerwehr Borken, dem Fachbereich „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“, und der Bezirksregierung statt, um die weiteren Verfahrensweisen bzgl. Kontrolle und Überwachung abzustimmen.

Stv. K. Kindermann fragt nach, ob durch die Brandmeldeanlage oder durch einen Hinweis aus der Bevölkerung der Brand gemeldet worden sei. Zudem erkundigt er sich wer die Kosten für den Brandeinsatz tragen würde.

Erster Beigordneter Nießing teilt mit, dass der Brand zunächst aus der Bevölkerung gemeldet wurde. Im Übrigen sei die Brandbekämpfung eine gemeindliche Aufgabe. Die Kosten seien in diesem Fall von der Stadt zu tragen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

20 Ja-Stimmen

zu 11 Mitteilungen und Anfragen

zu 11.1 Flüchtlingssituation

Erster Beigordneter Nießing gibt an, dass die Antragsabarbeitung beim BAMF derzeit gut gelinge. Dies führe dazu, dass die Personen nun dem Rechtskreis SGB II zugeordnet würden. Um eine gute Unterbringung in Ausbildung und Arbeit voranzutreiben wurden die Arbeitgeber im Stadtgebiet am 19.09.2016 um 19 Uhr in die Stadthalle Vennehof eingeladen. Die Einladung hierzu soll an die Fraktionsvorsitzenden geschickt werden.

Bis Montag sind seit Anfang Juli 132 Personen in Borken angekommen. Es werden noch 70 Personen bis Ende September erwartet. Dann würde das Soll der Stadt Borken zunächst wieder erfüllt sein. Im Ausschuss für Generationen, Soziales und gesellschaftliche Integration am 04.10.2016 würde ein Integrationskonzept und ein Wohnraumkonzept vorgestellt werden.

In den letzten eineinhalb Jahren wurden 865 Personen untergebracht.

zu 11.2 Zeitplan Einzelhandelskonzept Borken

Techn. Beigeordneter Kuhlmann erläutert den in Anlage 01 beigefügten Zeitplan zum Einzelhandelskonzept Borken.

zu 11.3 Vogelkotbelastung am Markplatz

Bürgermeisterin Schulze Hessing erläutert, dass der Vogelkotbefall am Markplatz derzeit sehr massiv sei. Es werde derzeit seitens der Verwaltung an adäquaten Maßnahmen zur Abhilfe gearbeitet. Die Bänke würden aktuell jeden Morgen gesäubert.

gez.
Mechtild Schulze Hessing
Ausschussvorsitzende

gez.
Julia Scholten
Schriftführerin